

Neue Westfälische vom 15.12.2015, S. 4

Kritik an ungleicher Zuweisung von Flüchtlingen

CDU bemängelt: Vor allem Großstädte an Rhein und Ruhr erfüllen ihre Quote nicht. Kleinere Kommunen in OWL liegen dagegen deutlich über dem gesetzlichen Soll

■ **Düsseldorf** (KNA/sim). Die CDU-Opposition im Düsseldorfer Landtag hat die angebliche Bevorzugung größerer Städte in Nordrhein-Westfalen bei der Zuweisung von Flüchtlingen kritisiert. Es gebe eine Vielzahl meist größerer Kommunen an Rhein und Ruhr, die weit davon entfernt seien, die gesetzlich verpflichtende Aufnahmequote zu erfüllen, sagte CDU-Fraktionsvize André Kuper. Die Großstädte Düsseldorf und Duisburg hätten bisher nicht einmal zwei Drittel der gesetzlichen Aufnahmequote erfüllt. Es stelle sich die Frage, wie es trotz eines gesetzlich festgelegten Verteilerschlüssels zu

„einem solchen Ungleichgewicht“ kommen könne.

Kuper bezieht sich auf eine Auflistung der NRW-weit für die Flüchtlingsunterbringung zuständigen Bezirksregierung Arnsberg, der zufolge beispielsweise die Landeshauptstadt Düsseldorf statt der nach dem Verteilerschlüssel vorgesehenen 8.401 Asylbewerber bisher lediglich 5.681 Flüchtlinge aufgenommen hat. Dies entspricht einer Abweichung von 32,3 Prozent von der gesetzlichen Sollzahl.

Diese Zahl sei allerdings nur eine „Momentaufnahme“ mit geringer Aussagekraft, die zu-

dem fast täglich schwanke, betont Christoph Söbbeler, Sprecher der Bezirksregierung. Langfristig gesehen stünden alle Kommunen im Land in der Pflicht, ihr Soll bei der Flüchtlingsaufnahme zu erfüllen. Lediglich kurzfristig dürften einzelne Kommunen von den vorgeschriebenen Zahlen abweichen, wenn sie dafür nachvollziehbare Gründe hätten.

Den Zahlen zufolge lagen die Städte Wuppertal, Duisburg und Mönchengladbach im November zwischen 28 und 40 Prozent unter dem Soll. Dagegen hat beispielsweise die

te-Stukenbrock derzeit 308 Prozent mehr Schutzsuchende untergebracht, als dies ihre gesetzliche Verpflichtung vorsieht. Borgentreich (Kreis Höxter) kommt auf ein Mehr von 264 Prozent.

CDU-Fraktionsvize Kuper erklärte, wenn die realen Zuweisungsraten derart massiv von der gesetzlichen Flüchtlingsquote abweichen, sei das Verteilungssystem „so nicht mehr haltbar“. Es sei „vollkommen ungerecht“, dass einigen Städten mehr Flüchtlinge zugewiesen würden, obwohl sie die Aufnahmequote längst erfüllt hätten. „Diese

ungleichmäßige Zuweisung ist nicht haltbar“, sagte Kuper.

Westfälischer Anzeiger vom 15.12.2015, S. 3

Opposition beklagt „Gutachteritis“ in NRW

Landesregierung zahlt Millionen für Expertisen

Von Robert Vornholt

DÜSSELDORF • 52 600 Euro für die Experteneinschätzung zur „Berechnung eines Ökologischen Fußabdrucks für NRW“. 41 100 Euro für die Erstellung eines „Rechtsgutachtens zur Frage der wirkungsvollen Ausgestaltung gesetzlicher Regelungen zur Realisierung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses in Gremien für die verschiedenen Typen von Gremien“ sowie 14 200 Euro für die Durchführung einer Studie „Führen in Teilzeit in NRW“. Das ist eine Auswahl der Themen, die die Landesregierung von Experten untersuchen ließ. Für 159 Untersuchungen wurden in diesem Jahr 12,5 Millionen Euro ausgegeben – acht Millionen Euro mehr als kalkuliert.

Eine „Gutachteritis“ sei ausgedebrochen, kommentiert der FDP-Landtags-Vize-Fraktionschef Ralf Witzel die Antworten auf seine kleine Anfrage an die Landesregierung. Er

fordert, die Flut an Auftragsvergaben an Fachleute einzudämmen, denn einige Gutachten widmeten sich fragwürdigen Inhalten, fielen gar nicht in die Zuständigkeit des Landes oder seien im Verhältnis zu ihrem praktischen Nutzwert schlicht zu teuer. „Nicht jedes gutgemeinte Besinnungsthema bedarf noch einer Untersuchung durch das Landeskabinett“, rügt Witzel die Gutachten-Vergabep Praxis. Ausgaben-Spitzenreiter ist das Jugendministerium (29 Prozent der Kosten), gefolgt vom Umweltministerium (21 Prozent) sowie dem Bau- und Verkehrsministerium (16 Prozent).

Gutachten seien als Instrumente sinnvoll, wenn sie zu Kosteneinsparungen führten, aber: „Analysen zu ökologischen Fingerabdrücken und Frauenquoten sind dem Steuerzahler nicht länger zuzumuten“, sagt der Liberale. Überdies seien viele Aufträge „freihändig“ oder gar „direkt“ vergeben worden.